

Golddemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

3. Jahrgang.

Mittwoch, 13. Juni 1923.

Nr. 135.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Neues Unrecht.

Die politische Landesverwaltung für Böhmen hat ein neues Mittel gefunden, um den tschechischen Minderheiten in Städten mit deutscher Mehrheit — und es geht ihr nur um die tschechischen Minderheiten — zu Theateraufführungen in ihrer Sprache zu verhelfen. Das Mittel ist wunderbar einfach: sie will auch der deutschen Mehrheit die Fortführung des Theaterbetriebes nur gestatten, wenn diese die Theatergebäude mit allem Zubehör und dem gesamten Fundus zur Abhaltung einer bestimmten Anzahl von tschechischen Theateraufführungen, Konzerten und Akademien überlassen. Die Überlassung des Theaters für die Vorstellungen und Veranstaltungen hat in der Zeit der Theatersaison zu erfolgen, sie hat also auf Kosten der Zahl der bisherigen deutschen Theateraufführungen zu gehen, wobei allerdings der Theaterleitung über Weisung der politischen Landesverwaltung die auf den Tag berechneten Regieauslagen zu ersetzen sind. Solche Verfügungen gingen in letzter Zeit sowohl der Stadtverwaltung von Reichenberg wie jener von Aussig zu. Man geht wohl mit der Annahme nicht fehl, daß ähnliche Verfügungen bei Verlängerung der Konzessionsbewilligung auch an andere Stadtverwaltungen mit deutscher Mehrheit ergehen dürften. Auch wenn die politische Landesverwaltung den gleichen Maßstab gegenüber Stadtverwaltungen mit tschechischer Mehrheit anlegen würde, was bisher in keinem einzigen Falle geschehen ist, so könnte dies nicht hindern, ihr Vorgehen als in nationaler Richtung verfehlt, vom rechtlichen Standpunkte als falsch und ungesetzlich zu erklären. Wir sind die letzten, welche den Anspruch nicht nur der tschechischen, sondern aller Minderheiten auf Erfüllung ihrer kulturellen Bedürfnisse nicht zugestehen wollten, aber die Durchsetzung dieses Anspruches kann nicht einseitig und auf Kosten der kulturellen Ansprüche der anderen Nation von oben dekretiert werden, und sie darf nicht, wenn sie nicht im gegenseitigen Einvernehmen erfolgt, das Gesetz verletzen. Der Weg, den die politische Landesverwaltung für Böhmen wählt, kann nur verbitternd wirken, da er als Unrecht, stehend aus der einseitigen Ausnutzung der Machtverhältnisse, empfunden werden muß.

Es ist früher niemals vorgekommen, daß die Konzessionsbewilligung für Theater an solche oder ähnliche Bedingungen geknüpft wurde, wie in Aussig und Reichenberg. Dem Stadtrat von Reichenberg wurde in der Entscheidung sogar angedroht, daß jede Handlung, welche die Erfüllung der vorgeschriebenen Bedingung erschweren würde, die Abhaltung von Theateraufführungen im dortigen Stadttheater „überhaupt in Frage stellen könnte“, und dem Stadtrat von Aussig wurde aufgetragen, dafür zu sorgen, daß keine Gastspiele von fremden Ensembles oder deren Teilen (!!) stattfinden. Früher war bei Erteilung oder Verlängerung von Theaterkonzessionen einzig und allein das Vorhandensein der gesetzlich geforderten Voraussetzungen entscheidend. Die Konzessionsbewilligung mit nationalen Dingen zu verknüpfen, sie von der Erfüllung gewisser nationaler oder künstlerischer Ansprüche abhängig zu machen, oder gar von der Art des Theaterbetriebes und der Staatszugehörigkeit der engagierten Schauspieler und Gäste, das fiel keiner Behörde ein und steht auch im schroffen Widerspruch zum Gesetz. Gemäß der Theaterordnung vom Jahre 1850 sind zur Erlangung des Rechtes des Betriebes eines Theaters zwei Erfordernisse notwendig, das sachliche und das persönliche: das Theatergebäude muß den Vorschriften entsprechen und der Theaterunternehmer muß die Konzession besitzen. Diese Konzession kann nicht beliebig widerrufen, sondern nur aus gesetzlichen Gründen entzogen werden, oder sie erlischt bei befristeten Konzessionen durch Zeitablauf. Die Erteilung von Konzessionen ist, wenn auch der Behörde ein gewisser Spielraum gewährt ist, nicht in ihr Belieben oder gar in ihre

Gegenrevolte der bulgarischen Bauern.

Belgrad, 12. Juni. (Tsch. P.) Die Nachrichten über blutige Zusammenstöße von Bauern mit revolutionären Truppen in verschiedenen Gegenden Bulgariens scheinen sich zu bestätigen. Stamboliski soll es gelungen sein, mit seinen gutbewaffneten Bauerngardien den ersten Angriff der Revolutionäre gegen sein Heimatdorf Slawonien abzuwehren. Die letzten Nachrichten von der Grenze besagen sogar, daß sich Stamboliski an der Spitze von 50.000 Bauern im Anmarsch gegen Sofia befinde. Infolge strengster Nachrichtenzensur an der Grenze kann jedoch noch nicht festgestellt werden, ob diese Nachricht auf Wahrheit

beruht. Nach im Laufe der Nacht eingelangten Nachrichten verhielt sich angeblich der bewaffnete Widerstand der bäuerlichen Parteigänger Stamboliskis und es soll sich der Bürgerkrieg immer mehr ausbreiten. Die revolutionäre Regierung biete alles auf, um sich Stamboliskis lebend oder tot zu bemächtigen.

Wie verlautet, werden die Regierungsbehörden Freiwillige anzuwerben, welche Waffen verteilt werden. Nach Privatansagen soll diese öffentliche Werbung die angeblich angeordnete Mobilisierung aller wehrpflichtigen Reservistoffiziere und Mannschaften maskieren.

England für eine Untersuchungskommission.

Ablehnung der französischen Vorbedingungen. — Für eine Erörterung des Memorandums, gegen die vorgeschlagenen Beiträge. — Vor einer interalliierten Konferenz.

London, 12. Juni. (Havas.) Das englische Kabinett prüfte in seiner gestrigen Sitzung die Note Poincares und sahke einen Beschluß, welcher u. a. besagt: Das englische Kabinett hält dafür, daß der französische Vorschlag, in welcher als erste und Vorbedingung festgesetzt ist, daß Deutschland den passiven Widerstand im Ruhrgebiete einstellen müsse, nicht beizutreten sei. Die englische Regierung glaubt, daß keine deutsche Regierung in der Lage ist, die Durchführung dieser Bedingung zu erzwingen, und daß eine noch größere Gefahr eine Reaktion seitens der kommunistischen Partei wäre. Großbritannien betont seinen innigen Wunsch, einen Bruch mit Frankreich zu verhüten, und spricht seine Anschauung über die Möglichkeit aus, wie Verhandlungen zwischen den Alliierten auf Grund des deutschen Memorandums eingeleitet werden könnten, trotzdem anerkannt wird, daß die im deutschen Memorandum angeführten Ziffern unannehmbar sind. Die englische Regierung schlägt vor, auf Deutschland dahin einzuwirken, die im Reparationsplan Bonar Law angeführten Ziffern anzuerkennen. Falls Frankreich aber es als notwendig erachten würde, an seinen Standpunkte festzuhalten, schlägt Großbritannien vor, daß eine Konferenz der alliierten Experten mit der Aufgabe betraut würde, die allgemeine Lage Deutschlands zu untersuchen und die Beiträge festzusetzen, welche die Grundlage für die Reparationszahlungen bilden könnten, und das Gesamtproblem der gegenwärtigen Lage Europas zu studieren. Wenn die Experten in ihren Urteilen zu einem Einvernehmen gelangen, würde Großbritannien sich bereit erklären, selbst beim Deutschen

Reiche zu intervenieren, daß es den passiven Widerstand im Ruhrgebiete ein Ende setze.

London, 12. Juni. (Havas.) Lord Curzon fehte während seiner Unterredung mit dem französischen Botschafter auseinander, wie sich die englische Regierung die Schaffung eines internationalen Organismus zur Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit vorstelle. Es wurde sich um eine Institution handeln, deren Aufgabe eine beratende wäre und über deren Bildung der Völkerverbund entscheiden würde. Engländerseits würde eine solche Institution für vollkommen legal und dem Friedensvertrage von Versailles nicht widersprechend angesehen.

Der belgische Botschafter entwidelte vor Lord Curzon einen dem Standpunkte Frankreichs ähnelnde Vorschlag. Außerdem teilte er dem englischen Staatssekretär des Auswärtigen den Inhalt der drei die technischen Vorschläge der belgischen Experten enthaltenden Denkschriften mit und sprach die Erwartung aus, daß diese Denkschriften bei der Regelung der Reparationsfrage werden berücksichtigt werden.

Der italienische Botschafter soll Curzon seine konkreten Vorschläge vorgelegt haben, aber der zwischen den beiden Staatsmännern gepflogene Meinungsaustausch war trotzdem wichtig und bedeutungsvoll.

London, 11. Juni. (Reuter.) Es verlautet, daß von britischer Seite kein endgültiger Vorschlag für eine interalliierte Konferenz erfolgt sei, daß es aber unter den gegenwärtigen Umständen nicht überlassen würde, wenn ein solcher Vorschlag bald erfolgen werde.

Willkür gestellt, in jedem Falle muß sie aber mit den geltenden Gesetzen in Übereinstimmung stehen und es kann die Gewährung oder Verweigerung von Konzessionen nicht von Gründen und Motiven abhängig gemacht werden, für die jedwede gesetzliche Handhabung fehlt. Die Abhaltung von tschechischen Vorstellungen in Aussig und Reichenberg als eine gesetzliche Voraussetzung zur Erlangung einer deutschen Theaterkonzession kann in keinem Gesetze ihre Begründung finden, noch weniger kann die Konzession an die Verpflichtung des Theaterleiters gebunden werden, ausländische Ensembles und Gäste vorübergehend aufzutreten zu lassen. Nach allen, für das Theaterwesen geltenden Normen, kann die Einflussnahme der Behörde auf den Theaterbetrieb nur sicherheits- und sittlichkeitspolizeilichen Charakters sein. Man wird vergeblich nach einer Norm, nach einer gesetzlichen Bestimmung suchen, die darauf abzielen, den Theaterunternehmer zu Handlungen, Leistungen oder Unterlassungen zu verpflichten, bestimmten Bevölkerungsschichten eine Mitbenützung des Theatergebäudes zu gewährleisten. Die Verfolgung solcher Ziele liegt außerhalb des Aufgabenkreises der Verwaltung und hat mit der Konzessionserteilung nicht das geringste zu tun. Mit demselben Rechte, oder richtiger: Unrechte, könnte die Behörde einem Buchdruckermeister bei Erteilung der Konzession auftragen, nur Bücher

und Zeitungen in einer bestimmten Sprache zu drucken, und mit demselben Rechte, mit dem die Landesverwaltung den Stadtverwaltungen aufträgt, das Theatergebäude für dreißig Vorstellungen und Konzerte zu überlassen, könnte sie auch die Überlassung für lediglich oder auch für sämtliche Abende der Spielzeit dekretieren. Mit Recht und Gesetz ist weder die vorliegende Verfügung, noch wären die angeführten Verfügungen zu begründen.

So wenig wir uns dagegen stellen, daß die tschechische Bevölkerung ihre kulturellen Ansprüche auch dort befriedigen kann, wo sie in der Minderheit ist, so soll doch dadurch keine Einschränkung und Verkümmern deutschen Kulturlebens bewirkt werden. Der plumpe Eingriff der Landesverwaltung zeigt diese Absicht nicht nur dadurch, daß er den deutschen Theaterbetrieb einzuschränken beabsichtigt, sondern auch indem er der Theaterleitung bei der Auswahl des darstellenden Personals und bei der Abhaltung von Gastspielen Vorschriften macht. Die Absicht ist schwer zu verbergen, daß deutsche Theaterwesen im Staate abzukümmern, seine Verbindung mit den Fortschritten der Bühnenkunst zu zerschneiden. Das Vorgehen der politischen Landesverwaltung muß als Ungesetzlichkeit, als Unrecht und Zwang empfunden werden. Weder das Recht noch die politische Vernunft sind bei ihren Verfügungen Baie gestanden!

Aus dem bayerischen Sumpf.

Von unserem Münchner Mitarbeiter.

Für den außerhalb des Wirrwarrs der bayerischen politischen Verhältnisse stehenden mag der Hochverratsprozeß Fuchs und Genossen, der gegenwärtig vor den Schranken des Münchener Volksgerichtes verhandelt wird, als ein Zeichen gelten, daß die Dinge in Bayern eine Wendung genommen haben. Der Professor Fuchs, ein ehemaliger Redakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“, der Kapellmeister und frühere Redakteur des antisemitischen „Völkischen Beobachters“, Machhaus, und der pensionierte Münchener Stadtrat, Dr. Kühles, haben in Gemeinschaft mit dem berüchtigten französischen Offizier und politischen Agenten Richert einen weit angelegten Plan gefaßt, die Republik in Bayern zu stürzen, Bayern vom Reiche zu trennen und eine militärische Diktatur mit einem Regentenschatrat zur Vorbereitung der Monarchie einzusetzen. Diffsere Hand sollten ihnen hierbei eine Reihe von Führern militärischer Geheimorganisationen leisten, von denen Bayern bekanntlich unter Duldung der quasi republikanischen Regierung wimmelt. Wirtschaftliche Deflation, auch wohl politische nach der Tschechoslowakei wollten sie sich durch die Beihilfe des Kohlen-großhändlers Munk verschaffen, der nun auch auf der Anklagebank sitzt.

Der Plan wurde verraten, Kühles erschloß sich, die übrigen Verschwörer wurden verhaftet, Machhaus erhängte sich zwei Tage vor der Gerichtsverhandlung in der Gefängniszelle.

Und somit scheint es dem harmlosen Gemüt des Staatsbürgers wirklich so, als ob es den Leuten endlich an den Stragen gehen sollte, die seit Jahr und Tag in Bayern den Sturz der Republik betreiben. Endlich soll wohl, so sieht es aus, der Anfang gemacht werden, den bayerischen Sumpf der Geheimorganisationen und Verschwörer trocken zu legen.

Der Gang der Prozeßverhandlung zeigt aber schon jetzt dem aufmerksamen Beobachter, daß dieser Prozeß nicht nur keine Glappe in der Bekämpfung der monarchistischen Konterrevolution darstellt, sondern daß er lediglich dem Zwecke dient, eine noch viel gefährlichere Konzentration der reaktionären Kräfte vorzubereiten.

Das wird schon klar, wenn man sich die bekannte Gruppierung der bayerischen Reaktionäre mit ihren legalen und illegalen Organisationen in die alldeutsch-zentralistische und die wittelbairisch-separatistische Richtung ins Gedächtnis ruft und gleichzeitig die Leute betrachtet, die die Rolle der Denunzianten, bzw. der agents provocateurs in diesem Prozeß spielen. Es sind durchwegs Agenten und Angehörige der alldeutschen, unter Ludendorffs Führung stehenden Gruppe, die zum Scheine auf die Pläne der Fuchs und Genossen eingingen, sie in die Falle lockten und nun als Zeugen ein geradezu ungeheuerliches Belastungsmaterial produzieren.

Die Kämpfe innerhalb der militärischen Geheimorganisationen um die Führung drängen auf eine Entscheidung, und dieser Prozeß soll mit dazu dienen, die wittelbairisch-separatistische Richtung zu diskreditieren, ihr den Boden zu entziehen und der Ludendorffgruppe die Alleinherrschaft über die gegenrevolutionären Kräfte zu verschaffen.

Schon die Anklageschrift beweist, daß es durchaus alldeutsch-konterrevolutionäre Kräfte sind, die sich der Justizmaschine bedienen wollen, um ihre wittelbairisch gerichteten partikularistischen Konfessionen an die Wand zu drücken und die Alleinherrschaft in Bayern an sich zu reißen. Die Waise, während der sich diese beiden widerstrebenden Kräfte gegenseitig zugunsten der Republik im Schach hielten, soll so abgefischt werden durch die viel gefährlichere Waise, in der Ludendorff und sein Anhang uneingeschränkt über die Machtmittel des bayerischen Staates gebieten und ihre weit ausschauenden Pläne weiter reifen lassen können.

Die bisherige Verhandlung des Prozesses hat bereits Einzelheiten ergeben, die ein helles Licht auf seine weittragende politische Bedeutung werfen. Die Ludendorffgruppe hatte für den Fall des Gelingens des separatistischen Aufstieges alle Vorbereitungen getroffen, um den Erfolg für sich zu reklamieren. So war Fuchs zum Teil auch ihr Werkzeug, das ihnen nach Frankreich und der Tschechoslowakei die außenpolitischen Sicherungen schaffen sollte. Was die Alldeutschen schließlich dazu veranlaßte, Fuchs und seine Genossen dem Geichte auszuliefern, ist noch nicht ganz klar. Jedenfalls ist festgestellt, daß die beiden Kommandeure der Reichswehr

in Bayern, die Generale Möhl und von Boffow, der ehemalige Polizeipräsident Böner und mehrere hohe Polizeibeamte, die im alldeutschen Lager stehen, über die Pläne der Verschwörer genau unterrichtet waren und sie fördern. Darüber kann auch die jetzige Ausrede, alles habe nur dem „Völkchenswahn“ gegolten und sie hätten den Tschach nur liefern wollen, nicht hinwegtäuschen.

Von vornherein aber mußte es klar sein, daß hinter Fuchs, Machhaus, Mühlens und Genossen ein Höherer stand. Nuprecht von Wittelsbach war über die Pläne der Verschwörer genau unterrichtet! Das ist das bisherige wichtigste Ergebnis des Prozesses.

Mehrere hundert Millionen französischen Geldes sind durch Vermittlung des Richters in die Hände des Fuchs gelangt, der sie zum Teil an die Führer der Geheimorganisation weitergab. Die höchste Not des deutschen Volkes, die Nahrungsmittel, sollte dazu benutzt werden, um die deutsche Republik zu zerschlagen. Richter als französischer Unterhändler, hätte die Zustimmung gegeben, daß von Seiten Frankreichs wohlwollende Neutralität und auf Waffenslieferung zu rechnen sei.

Die Alldeutschen hatten bereits Vorzüge getroffen, sich gegebenenfalls der unbehaglichen Partner zu entledigen. Eine Nordzentrale unter Leitung des von Obersachsen her kassam bekannten Dr. Rugs war eingerichtet.

Ein Stimmordanschlag gegen Doktor Heim war eingeleitet, mißlang und wurde sorgfältig von der Polizei, die ja ganz in alldeutschen Händen ist, vertuscht.

Die Prozeßverhandlung spiegelt deutlich den Kampf wieder, den wittelsbachische Alldeutsche und Alldeutsche auf Leben und Tod miteinander kämpfen. Hier der Verteidiger, dort der Staatsanwalt, beide arbeiten fieberhaft darauf hin, durch entsprechende Beeinflussung der Prozeßführung den Gegner bloßzustellen.

So wird dieser Prozeß nicht den Plänen beider Parteien Nutzen bringen, sondern zu ihrer Vorkostung erheblich beitragen und den Boden für die Festigung der Republik in Bayern ebnet.

Inland.

„Im Zeichen des Pendrel“. Der tschechisch-sozialistische Senator Dr. Krejci hat der Zeitung der tschechischen Freidenker „Myšlenka“ eine Zuschrift geschickt, in der er die Krise der Demokratie, die anwachsende Reaktion, das Wüten der Prager Polizei und die innerpolitischen Zustände überhaupt behandelt. Seiner heftigen Kritik entnehmen wir unter anderem folgendes: „Wir haben eine Freiheit, wenigstens behaupten wir dies immertwährend, aber wir sind in unserem Freiheitslande ebenso wenig frei, wie wir in Oesterreich frei waren. Vergleichet nur und ihr werdet finden, daß, wie im alten Oesterreich der metallene Adler auf der Mütze des Staatsanwalts Symbol war, in unserer freien Republik der „Pendrel“ Symbol ist. Wenn wir die heutigen Zustände der Republik charakterisieren wollen, können wir sagen: Wir leben im Zeichen des Pendrel. Vielleicht wisst ihr schon, was der „Pendrel“ ist, und wenn ihr dies wisst, so habt ihr das ganze Elend unserer inneren Situation und unserer gesamten politischen Klugheit symbolisch ausgedrückt. Betrachtet noch den Mütze dieses Symbols der politischen Macht und Taktik unsere Entwicklung zum Fünferregime und ihr werdet begreifen, warum der Sozialismus in Verfall geraten ist und die Reaktion hochgekommen ist. Die Reaktion ist nicht der Boden, auf dem die Freiheit gedeiht. So kann es nicht weitergehen, wir dürfen nicht zulassen, daß sich diese Verhältnisse einleben. Sonst sind wir der Reaktion auf immer verfallen. Der „Pendrel“ muß weg, von überall, wo durch Terror die Freiheit erstickt wird. Er muß weg aus den Zeitungen, aus den Tischen der Funktionäre der Staatsverwaltung, aus den Organisationen der politischen Parteien, aus den Tischen der Abgeordnetenclubs und Volkshauskassen. Die Selbstständigkeit des Denkens, das Bestreben nach Geltendmachung einer eigenen Ansicht gegenüber den Ansichten der Mehrheit darf vor dem Forum der Öffentlichkeit nicht als Sünde gelten, als Sünde, die durch die Unterdrückung der Freiheit der Meinung bestraft wird.“ — Der der tschechischen nationalsozialistischen Partei angehörige Senator Dr. Krejci predigt somit den Kampf gegen den „Pendrel“, hat es aber nicht gewagt, gegen den vom Volkshausauschuß seiner eigenen Partei gehandhabten „Pendrel“ wirklich anzukämpfen, sondern ist vielmehr seiner Drohung gewichen und hat gegen sein eigenes besseres Gewissen auch für das Schutzegeß gestimmt.

Die tschechische Sozialdemokratie. Ein Klage- lied im „Témp“. Das führende Bourgeoisblatt von Paris, der „Témp“, bringt einen mit R. Doincinois gefertigten und vorgebildet in Paris verfaßten Artikel, der für die „Verdienste“ und Able der tschechischen Sozialdemokraten und für das Leid, das wir ihnen antun, so viel seines Verständnis beweist, daß man über die Anreger des Artikels nicht im Zweifel sein kann. Man lasse sich wenigstens die bezeichnendsten Stellen münden:

„Während des ganzen Hamburger Kongresses bemühten sich die deutschen Sozialisten, dem tschechisch-slowakischen Staat und den tschechisch-slowakischen Sozialisten den Prozeß zu machen. Ihre Argumentation unterschied sich keineswegs von der bei den nationalistischen Pangermanisten üblichen. Daran ist nichts erstaunlich, da die deutsche

Die englisch-französischen Differenzen.

England wünscht einen Ausgleich.

Berlin, 12. Juni. (Eigenbericht.) Die englisch-französischen Differenzen in der Ruhrfrage machen den Eindruck, daß man es weder in London noch in Paris zu einem Bruch kommen lassen will. Der Standpunkt der britischen Regierung wurde noch nicht offiziell bekanntgegeben, man ist also auf Savas-Berichte und Blätterstimmen angewiesen. Anscheinend wünscht England einen Ausgleich herbeizuführen, der es beiden Mächten, Deutschland und Frankreich, ermöglicht, sich mit Ehren aus der Affäre zu zie-

hen. Deutschland gegenüber entspringt dieser Wunsch der Auffassung, daß keine deutsche Regierung instande wäre, das Aufgeben des Widerstandes zuzusichern, wenn ihr dafür nicht KonzeSSIONen von Frankreich gemacht würden. Entstände aber ein Chaos in Deutschland, so würde das Reich auf lange Zeit als wirtschaftlicher Aktivposten ausscheiden. Für Deutschland ist vorderhand nur das eine gewiß, daß England und Frankreich auf seine Kosten ihre Stellung zu stärken suchen.

Berhöhrter Belagerungszustand über Gelsenkirchen.

Berlin, 12. Juni. (Eigenbericht.) Nachdem gestern früh auch in Gelsenkirchen ein französischer Soldat erschossen wurde, hat die Besatzungsbehörde den verschärften Belagerungszustand verhängt. Wer nach neun Uhr abends auf der Straße oder am Fenster zu sehen ist, kann ohne Warnung erschossen werden. Ein junger Mann, der zugereist war und von

nichts wußte, wurde gestern abends erschossen, bloß weil er nach neun Uhr außer Haus war. Die Franzosen drohen, alle Häuser am Kaiserwall zu räumen, wenn sich der Mörder des Soldaten, der durch einen Schuß vom Kaiserwall aus getötet wurde, nicht ausfindig machen läßt.

Protest der sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Ruhrgebietes.

Berlin, 12. Juni. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Ruhrgebietes hielten eine Tagung ab, auf der sie gegen die Eingriffe der Besatzungsbehörde in die Rechte der Gemeinden protestierten. Sie verwiesen auf die ungeheuren Schäden, die die Kommunen durch die Beschlagnahme von Geldern und die Besetzungskosten erlitten haben und die in die Milliarden gehen. Ferner wurde gegen die Ausweitung von Arbeiter- Angestellten und Beamten protestiert. Noch folgenschwerer seien aber die moralischen Schä-

den, die durch die Besetzung besonders die Jugend betreffen. Auch Lebensmittelmangel mache sich bemerkbar und die Wohnungsnot wachse an. Von Reich und Staat wird erwartet, daß sie die Lage der Gemeinden nach Möglichkeit erleichtern.

Sechs Deutsche getötet.

Paris, 12. Juni. (Savas.) In Düsseldorf gab in der Nacht vom 10. auf den 11. ds. eine französische Patrouille, die von deutschen Zivilisten bedroht wurde, nach erfolgloser Aufforderung an diese, sich zu zerstreuen, Feuer, wodurch sechs Deutsche getötet und drei verwundet wurden.

Sozialdemokratie in Böhmen sich von der radikalen Nationalpartei des Herrn Vodgman nur durch ihr soziales Programm unterscheidet, im übrigen aber von einem bornierten nationalistischen und nicht von einem sozialen Gesichtspunkt aus die politischen oder ökonomischen Tatsachen in der Tschechoslowakei betrachtet. Andere deutsche Parteien (die Agrarier, die neue Partei der Gewerbetreibenden, ja selbst gewisse Christlich-Soziale) sind hingegen in nationalen Angelegenheiten gemäßigter und verständlicher. Keine „Bourgeoisblätter“, wie das „Prager Tagblatt“ oder die „Deutsche Landpost“ haben auf eine Annäherung der Tschechen und Deutschen in Böhmen hingearbeitet, welche die deutsche sozialistische „Sozialdemokrat“, zu hintertreiben oder wenigstens hinauszuschieben sucht. Die deutschen Sozialisten aus Böhmen waren also recht wenig qualifiziert, um ihre tschechoslowakischen „Genossen“ wegen ihres übergroßen Nationalismus anzuklagen. Allerdings, diese haben sich niemals gefürchtet, ihren Patriotismus, sei es vor, sei es während des Krieges zu bekennen. Ein großer Teil, wenn nicht die Mehrheit der tschechoslowakischen Legionäre entstammte der sozialdemokratischen oder nationalsozialistischen Partei. Nach dem Kriege weichen die tschechoslowakischen Sozialisten ihre besten Kräfte der Organisierung und Konsolidierung des neuen Staates, in dem sie mit gutem Recht eine Stellung der Demokratie in Mitteleuropa erblicken. Sie haben nicht auf gehört, an der Regierungscoalition, deren vornehmstes Element sie noch heute bilden, teilzunehmen. In der Tat, tschechische und deutsche Sozialisten Vorgesetzten sind durch all das getrennt, was einen aufgeklärten Patriotismus von blindem Chauvinismus, eine Politik der Realitäten von einer Politik reiner Negation unterscheidet. Es fiel den tschechischen Sozialisten darum nicht schwer, die von den deutschen Sozialisten gegen sie und ihr Land gerichteten Angriffe abzuwehren. Nichtsdestoweniger, der deutsche Einfluß im Schoße der neuen Internationale ist ein solcher, daß von den auf die tschechoslowakischen Parteien entfallenden sechzehn Stimmen, sieben den deutschen zuzurechnen wurden, welche nach den Regeln der Mathematik hätten höchstens über fünf verfügen sollen. Die Deutschen aus dem Reich, der Tschechoslowakei und Oesterreich verfügen also über 52 Stimmen. Freilich Adler benützt dies dazu, die Tschechen aus dem Exekutivkomitee zu eliminieren, worin ihnen ein Platz gestanden worden war. Schon vor dem Kriege hatte sich die tschechoslowakische Sozialdemokratie zweimal geweigert, sich Beschlüssen internationaler Kongresse zu fügen, wodurch sie sich den österreichischen Sozialisten unterworfen hätten. Mit weit größerem Recht wie einst sie sich jetzt den deutschen Sozialdemokraten Böhmens den Betrogenen abzugeben, die mit den ärgsten Nationalsozialisten verbündet sind, um die Neuordnung Mitteleuropas umzusetzen.

Die tschechoslowakische Auslandspropaganda nimmt sich, wie man sieht, der Bedrängten und so über „Verkauften“ wader an. Und ferner sucht man auch, welcher Partei in jedem Lande der Leiter der betreffenden Pressestelle nahesteht.

Die Minoritäten Karpatenrunds. Der Völkerverbund, der seine Aufgabe überall darin zu erblicken scheint, die herrschenden Regierungssysteme zu fördern, ist diesem Grundsatz auch Karpatenrunds gegenüber treu geblieben. Um seine Fürsorge für dieses Gebiet zu beweisen, hat er zwar seinen Referenten für Minoritätenangelegenheiten, den spanischen Universitätsprofessor

Azcarate, nach Ungarn geschickt, aber der Herr war durch einen festen Kordon von „Funktionären“ der Verwaltung vor einer Berührung mit den Minoritätenvertretern geschützt, und als die Sprecher der ungarischen Parteien den Vizegouverneur Ehrenfeld ersuchten, beim Professor vorgelassen zu werden, erfuhren sie, daß Azcarate bereits abgereist sei. Das ist gewiß die verlässliche Art, um sich aus eigenem Augenschein über die Schwere der „Informieren.“ Um aber seinen Auftraggebern zu dienstbar zu sein, wird der Minoritätenreferent über die Errichtung einer russischen „Fachsektion“ innerhalb der Prager Völkerverbundliga mit den „loyalen russischen Parteien“ verhandeln und darauf hinarbeiten, daß die ungarisch-russische Propaganda durch diese Fachsektion „paralytisiert“ werde. Die Nachrichten sind deshalb mit einer gewissen Reserve aufzunehmen, weil sie vom ungarischen Telegraphenbüro verbreitet werden, aber was sie melden, schaut dem Völkerverbund durchaus ähnlich.

Aufgaben und Leistungen des Völkerverbundes. Will man wissen, was der Völkerverbund leisten soll und was er nicht geleistet hat, so tut man gut, das Referat zu lesen, welches der Generalsekretär des Bundes, Sir James Eric Drummond, Montag abends in Prag vor der Völkerverbundsversammlung tschechoslowakischer Hochschüler erstattet hat. Aus der geschichtlichen Einleitung verdient als Axiomum festgehalten zu werden, daß, wie alle segensreichen Ideen, so auch die des Völkerverbundes, von einem Tschechen stammt: schon 1460 empfahl Georg von Podiebrad, was 1919 fragwürdige Wirklichkeit wurde. Unter den vier wichtigsten Aufgaben des Bundes nannte Drummond an erster Stelle die politische, Kriege zu verhüten oder sie wenigstens dem Angriffslüsteren so gefahrlos zu machen, daß er keine Absicht wohlweislich bleiben läßt. Wie vortreffliche praktische Arbeit der Bund hier getan hat, zeigen die Ruhraktion, der Haber von Lausanne und die Unruheherde von Bayern, Ungarn und auf dem Balkan. Als Beispiel der administrativen Aufgabe nannte Drummond ausdrücklich die — Verwaltung des Saargebietes! Wenn man sich an die jüngste Verordnung des Saardirektoriums, an die rucklose Vergewaltigung der Bevölkerung dort und an die Sklavenhalterdienste erinnert, die die Verwaltungskommission Herrn Poincare leistet, wird man über den Mut Drummonds, gerade diese Beispiele zu wählen, fähig staunen dürfen. Zur Entschuldigung kann ihm nur dienen, daß er weder hier noch bei den anderen Agenden des Bundes bessere Beispiele anführen kann, denn wenn er just in Prag die Verdienste des Völkerverbundes um den Schutz der Minoritäten pries, so stößt er damit gewiß noch auf intimeres Verständnis als mit dem Lob des Saargebietes. Man muß schon sehr „loyal“ sein — einer Forderung, die Drummond ausdrücklich an die Minoritäten stellt — wenn man sich durch den Völkerverbund geschützt wahren soll, während eine Minoritätenshule nach der anderen gesperrt wird und sogar das Tragen eines deutschsozialdemokratischen Parteiabzeichens als Hafenzurückverbrechen denunziert wird! Das Wieder aufbauwerk endlich, auf das der Referent als viertes Ziel des Bundes verwies, wurde durch die „Rettung“ Oesterreichs illustriert. Das Beispiel ist der bisher genannten würdig, denn es ist gewiß für die Völkervereinigung eine nützliche Tat, ein Kulturvolk höchsten Ranges im Herzen Europas mit den Mitteln der innerafrikanischen Kolonialpolitik zu „sanieren“.

Arbeiterjugend und Arbeiterbewegung.

Nach dem Umsturz im Jahre 1918 wurden Tausende, Millionen Arbeiter Sozialisten. Der Sozialismus eroberte sich in einem Siegeszuge ohnegleichen die Herzen der Menschen. Er wurde für die Armen und Leidenden, für die im Kriege gequälte Menschheit Trost und Hoffnung.

Es kamen auch kleinliche, wankelmütige Menschen zu uns. Die erkannten nicht, daß man, um Großes zu vollbringen, begeistert sein muß; daß man, um Gewaltiges zu schaffen, zäh, zielbewußt und unermüdet zu arbeiten hat. — Die Wankelmütigen sind nicht mehr bei uns. Aber groß und mächtig ist die sozialistische Bewegung trotzdem geblieben; so groß, wie sie sonst niemals gewesen.

Die Hoffenden kamen im Jahr 1918 zu uns. Begeisterung für die schönsten Ideale der Menschheit, leidenschaftlicher Wille, der Gerechtigkeit zum Ziele zu verhelfen, triumphierte. Und in erster Reihe stand der begeisterungsfähigste Teil des Proletariats: seine Jugend. Dann kam die Spaltung. Die Kommunisten verfolgten ihre Verarbeitung hauptsächlich in die Reihen der Jugend, darauf hoffend, daß sich die Jugend am leichtesten beeinflussen läßt. Sie hatten Erfolg. Mit Hilfe der Jugend zerschlugen die Kommunisten die Organisationen des Proletariats. Wie konnte auch die Jugend in ihrer Leidenschaft den rechten Weg finden? Aber der gesunde Sinn der Jugend kam bald wieder zum Durchbruch: sie verließ die Reihen der Kommunisten. Viele kamen zur sozialistischen Jugend zurück, die meisten fielen den Gegnern der Arbeiterbewegung in die Hände oder verfielen in Gleichgültigkeit. Von hier aus droht der Arbeiterbewegung große Gefahr. Scharen von Agitatoren werden auf die Jugend losgelassen. Der Erfolg der Gegner ist groß. Aus der Arbeiterjugend, die den Gegnern in die Hände fällt, werden Väter und Mütter. Nicht nur diese Väter und Mütter werden Gegner der sozialistischen Bewegung sein, sondern auch deren Kinder. Der gesamten Arbeiterjugend zum Verderben werden sie mit den Klassengegnern gegen die Sozialisten kämpfen. Es ist überflüssig, darüber zu sprechen, welche verderbliche und schmutzige Mittel die Gegner beim Seelenfang unter der Arbeiterjugend anwenden. Es ist aber doppelt notwendig, der Arbeiterjugend ununterbrochen zuzurufen: erhalte dir deine Jugend, sie ist deine Zukunft; sie ist heute Verheißung und wird morgen Erfüllung sein. Der Kampf um die Jugend muß von der Arbeiterschaft zäh und leidenschaftlich geführt werden. Keine kleinlichen Erwägungen dürfen die Arbeiter bei diesem Kampfe beeinflussen.

Die Schulung der proletarischen Jugend für den Klassenkampf kann nicht früh genug beginnen. Und es ist vor allem wichtig, die Arbeiterjugend zu bewahren von den schädlichen Einflüssen der bürgerlichen Vergnügungsindustrie, sie zu schützen vor Schundfilmen, vor der Schundliteratur, vor dem Alkohol, vor dem Nikotin. Der junge Arbeiter darf seinen Drang nach Lebensfreude nicht stillen, indem er bei schädlichen Vergnügungen verweilt; wahre Freude, wahres Jungsein erblüht aus der Zugehörigkeit zur sozialistischen Gemeinschaft, aus der Arbeit für die Sache des Proletariats. Eine große Zahl geschulter Vertrauensmänner hat die sozialistische Jugendorganisation der Partei schon zugeführt, von unendlicher Wichtigkeit ist die proletarische Jugendbewegung auch in der Zukunft.

Die deutsche sozialistische Arbeiterjugend dieses Staates ist vereinigt im „Sozialistischen Jugendverband“. Diese Organisation hat sich zur Aufgabe gestellt, die Erziehung der Arbeiterjugend zum Sozialismus, zur Kriegsgegnerenschaft und den Kampf gegen die wirtschaftliche Bedrückung der Arbeiterjugend. In der Zeit der Reaktion gilt es, alle Kräfte zu sammeln. Auch die Arbeiterjugend, deren Mitarbeit für die Arbeiterbewegung von so großer Bedeutung ist, muß für den Sozialismus gewonnen werden. Der „Sozialistische Jugendverband“ veranstaltet in der Zeit vom 10.—17. Juni eine „Jugendwoche“. Zweck dieser Veranstaltung ist der Ausbau der Jugendorganisation und die Werbung neuer Mitglieder. Es ist notwendig, daß diese Jugendwoche von allen erwachsenen Arbeitern, von allen Arbeiterkernern unterstützt wird. Es darf nicht sein, daß schulentwachsene Kinder organisierter Parteigenossen gleichgültig der sozialistischen Bewegung gegenüberstehen; oder gar in den bürgerlichen Jugendvereinigungen stehen. Es darf nicht weiter so bleiben, daß Deutschland nationale und christlichsoziale Jugendbünde die Arbeiterjugend dem Klassenkampfe abtrünnig zu machen bestrebt sind und bei ihrer Arbeit so große Erfolge erzielen wie jetzt. Es wurde viel verfaßt. Das Verfaßte muß nachgeholt werden. Nicht nur die organisierte Arbeiterjugend wird während der Jugendwoche ihre Pflicht zu erfüllen haben, sondern auch alle Arbeiterkernern, alle Parteigenossen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Bringt der Arbeiterjugendbewegung liebevolles Verständnis entgegen! Erkennt ihre Wichtigkeit für die Zukunft der Arbeiterbewegung. Laßt Euch Euerer Kinder nicht von den Gegnern rauben. Das Sekretariat des Sozialistischen Jugendverbandes in Leipzig, Seilerstraße 1, und alle Kreissekretariate erteilen alle Auskünfte und stellen den Parteigenossen Werbematerial zur Verfügung. Arbeiterkernern, helft der kämpfenden Arbeiterjugend, ihr sichert Euch damit die Zukunft!

Ausland.

Budapester Wahlmacht.

Als vor kurzem der Ministerpräsident Graf Stephan Bethlen der ungarischen Nationalversammlung verkündete, daß er zusammen mit dem Finanzminister in Paris, London und Rom verhandeln werde, eine Anleihe unterzubringen, richtete er gleichzeitig an die Parteien einen Appell, in der Zeit seiner Abwesenheit keine Sitzungen abzuhalten und alles zu unterlassen, was nach außen hin die Anleihefrage ungünstig beeinflussen könnte. Tatsächlich kam es zu einem förmlichen Bürgerfrieden, den auch die sozialdemokratische Fraktion achtete, um die Anleihepläne nicht zum Scheitern zu bringen; denn ohne Anleihe ist ein Wiederaufbau Ungarns unmöglich. Während die sozialdemokratische wie die bürgerliche Opposition ihr Wort hielt, war es die intransigente Gruppe der Christlichen, die sich nicht daran lehrte. Der Führer dieser Regierungspartei ist der Volksführer und Agrarier Karl von Wolff, der Allgewaltige auf dem Stadthaus in Budapest. Vor ihm liegen Magistrat und Bürgermeister im Staube. Dennoch fühlt er instinktiv, daß seine Herrlichkeit und Allmacht nicht für Ewigkeiten ist, also ist er darauf bedacht, die lieb-gewonnene Herrschaft fest und dauerhaft zu verankern. Das Mandat der Budapester Stadt-repräsentanten läuft im Dezember d. J. ab. Das Ergebnis der letzten Wahlen für die National-versammlung hat aber bereits als tödlicher er-gaben, daß die gegenwärtige Mehrheit der „Chri-sten“ bei den kommenden Gemeindevahlen er-lidigt werden wird. Dem wollen Wolff und Kon-sorten natürlich vorbeugen. Daher scheuten diese Machthaber inmitten des Bürgerfriedens nicht do-vor zurück, eine große Fälschung der Wähler-listen für die Gemeindevahlen vorzunehmen und damit noch vor der Rückkehr des Ministerprä-sidenten von seiner Auslandsreise einen unglau-blichen politischen Skandal vom Zaun zu brechen. Denn von 350.000 Budapester Wählern haben sie nicht weniger als 150.000 unter den wichtigsten Vorwänden aus den Listen weggelassen, in erster Linie natürlich Sozialdemokraten. Schon drohte infolgedessen die Sitzung der Nationalversamml-ung vom 23. Mai recht stürmisch zu werden, als es dem Stellvertreter des Ministerpräsidenten, dem Außenminister, nochmals gelang, den Sturm zu bannen. Inzwischen sind der Ministerprä-sident und der Finanzminister heimgekehrt; der Erfolg der Anleihe für Ungarn ist allerdings noch keineswegs verbürgt. Umso mehr Grund hatte Graf Bethlen, besonders mit Rücksicht auf den Eindruck im Ausland, es nicht in der Ratio-nalversammlung zu den schwersten Auseinander-setzungen kommen zu lassen. So gab er die be-stimmte Zusage, in der Frage der Wählerlisten nach dem Recht zu sehen und Wandel zu schaf-fen. Wie er sich hierbei mit den „Christen“ und deren Führern Wolff und Julius Gömbös aus-einandersehen will, ist seine eigene Angelegen-heit. Auf alle Fälle steht man zurzeit in Un-garn vor wichtigen politischen Entscheidungen, die wesentlich beeinflußt werden durch die erzwun-gene Rücksichtnahme auf die unbedingt erforder-liche Anleihe aus dem Ausland. Diese kann keinesfalls in der Art erfolgen, daß die Regie-rungsleute zu ihrem Vorteil im Trüben fischen, während die Opposition im Staatsinteresse Zu-rückhaltung übt.

Amnestie fürs polnische Sakelkreuz.

In Polen gibt es dreierlei Strafrecht: im alten Kongresspolen das russische, in den ehemali-gen preußischen Provinzen das deutsche und in dem übrigen Gebiet das österreichische. Die Straf-sätze sind oft verschieden wie Tag und Nacht. Auch die Praxis der Richter ist alles andere als einheits-lich, kann es auch unter den gegebenen Umständen kaum sein. Um die Gegensätze zu mildern, wa-ren bereits verschiedene Amnestien erlassen wor-den, als Ausweg, insoweit man kein einheitliches Strafrecht geschaffen. Nun haben sich die Rechts-partei, die die neue Regierung bilden, auf eine neue Amnestie geeinigt, eine Amnestie zugunsten ihrer Anhänger. Die Mörder der Anhänger der Linken, die Rechtsputschisten, die Raubmörder, die Straßen- und Eisenbahnräuber, von denen Polen wimmelt, werden der Gnade der neuen Regierung teilhaftig werden.

Nur die politischen Delinquenten aus der Arbeiterklasse, die Sozialisten, sind ausgeschlossen. Der Artikel sechs des Entwurfes besagt, daß von vornherein jede Begnadigung in dem Falle aus-geschlossen erscheint, wenn die Verurteilung wegen kommunistischer Betätigung geschehen ist. Mit anderen und für den Laien deutlicheren Worten, von der Amnestie sind sämtlich politischen De-linquenten der sozialistischen Arbeiterklasse aus-geschlossen. Alle anderen politischen Mörder und Strauß-diebe, insoweit nicht das Verfahren gegen sie von vorne weg niedergeschlagen wurde, werden sich des Regierungsantrittes der Rechten zu freuen haben, nur die Arbeiter nicht. Man muß die Brutalität der polnischen Gefängnisse kennen, um die höhne-lende Peinlichkeit zu begreifen, die aus dem Ar-tikel sechs des Amnestieentwurfes spricht. In Tausenden sitzen Jugendliche und Arbeiter im Gefängnis, die wegen sozialistischer Propaganda zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt sind, oder monats- und sogar jahrelang sogar in Un-terkellern sitzen. Viele gestehen, zermürbt durch die Untersuchungsverfahren, zu denen das Prü-geln und Hungern gehört, alles ein, was ihnen zum Vorwurf gemacht wird, nur um end-lich Gewißheit zu bekommen. Alle diese Opfer der polnischen Justiz sind ausgenommen von der Amnestie, da sie ja wegen „kommunistischer Be-

Streif auf allen oberschlesischen Gruben

Berlin, 12. Juni. (Eigenbericht.) In Oberschlesien wird auf sämtlichen Gruben und in zahlreichen Hütten gestreift. Die Kohaverhand-lungen im Vergab und in der Landwirtschaft haben sich zerklüftet. Nach polnisch-Schlesien scheint der Streik nicht überzugreifen, da die Kommunisten der polnischen Regierung keinen

Wortwandel zur Erweiterung des Kommunisten-gesetzes geben wollen. Dagegen fürchtet man eine Ausbreitung der Bewegung nach Mittel-schlesien, ins Waldenburger Revier, was für Deutschland katastrophale Folgen haben könnte.

Neue Terrorakte der Tscheka.

Die Berliner Delegation der linken Sozial-revolutionäre und der Sozialrevolutionären Maximilianen wendet sich „an alle Verlässigen“ mit einem Aufruf, aus dem hervorgeht, daß die bolschewistische Tscheka mit unverminderter Wucht weiterwütet. Ende Mai sind zum vierten Male A. K. Smailowitsch und die Sozialrevolu-tionärin M. Spiridonowa verhaftet wor-den, nachdem sie zwei Jahre lang aus Rücksicht auf eine Erkrankung der Spiridonowa im „Haus-arrest“ leben durften. Der Ort ihres Aufent-haltes wird geheim gehalten. Vermutlich steht ihnen die Verbannung nach Sibirien bevor, die für sie das Todesurteil bedeutet. Gleichzeitig ist in Moskau J. Maïoroff wieder verhaftet worden, der erst vor einigen Monaten aus dem Gefängnisse befreit wurde, in dem er drei Jahre — unter der Beschuldigung der Teilnahme an Attentat auf Mirbach — schmachten mußte. So-wohl er als auch W. Trutowski, der wegen derselben Angelegenheit drei Jahre im Gefäng-nis gehalten wurde und, weil man ihn nicht be-freien wollte, vor einigen Wochen einen Selbst-mordversuch gemacht hat, sind nach Pischawsk, das an Tibet grenzt (eine Malariegegend, 600 Kilometer weit von der Eisenbahn) verbannt worden. Zu gleicher Zeit hat die Petrograder Tscheka zwölf linke Sozialrevolu-tionäre zur Verbannung in die entlegensten Orte Rußlands bestimmt. Sie haben einen Su-ngerstreik erklärt und dabei in Aussicht ge-stellt, daß nach drei Tagen sie alle durch Selbst-mord ihrem Leben ein Ende machen werden. Die Tscheka hat daraufhin ihrer Minimalforde-rung — sie nicht zu zerstreuen — nachgegeben und beschlossen, sie alle zusammen nach dem Bere-tominski-Konzentrationslager, das am Weißen Meer liegt, zu verbannen. Da die Verbannenen der Tscheka nicht über den Weg trauen, haben sie erklärt, daß sie, wenn man sie auf dem Wege auseinanderbringt, das Mittel des Selbstmordes doch ergreifen werden. Diese Tatsachen alle lesen sich wie Berichte aus der finsternen Zeit des Jorismus, unter Alexander III. konnte gegen „politische Verbrecher“ nicht grausamer und will-kürlicher verfahren werden. Es bildet einen traurigen Ruhmestitel der „proletarischen Dik-tatur“ der Bolschewiki, daß sie um den Lorbeer des Terrors mit Ivan dem Schrecklichen und Bobjedonowitsch konkurriert.

Das Rüstungsieber in Südamerika.

Die fünfte Panamerikanische Kon-ferenz, die seit dem 23. März in Santiago de Chile tagte, ist in der ersten Maiwoche auseinan-dergegangen, ohne eine der großen politischen Fra-gen ihres Programmes gelöst zu haben. Die Verhandlungen litten von vornherein darunter, daß der größte Staat Spanisch-Amerikas, Mexiko, sowie Peru und Bolivien nicht vertreten waren. Der Verlauf der Konferenz hat gezeigt, daß das latente Mißtrauen der lateinischen Staaten gegen die Hegemoniebestrebungen der an-gelsächsischen Vormacht unvermindert fortbesteht, und daß die militärpolitischen Aspi-rationen Brasiliens die Beziehungen der Staaten zu trübend drohen.

Der Weltkrieg und die von ihm in Europa erzeugte politische und wirtschaftliche Zerstörung haben in Südamerika tiefen Eindruck gemacht. Sowohl die Freunde des Schiedsgerichtsgedankens wie die Rüstungsfanatiker glauben sich in der Rich-tigkeit ihrer Anschauungen bestärkt. Brasilien hält sich für ungenügend gerüstet und hat große Mengen Kriegsmaterial erworben und bereitet den Ausbau seiner Kriegsmarine vor. Da die Durch-führung des brasilianischen Rüstungsprogramms Argentinien und Chile zu einer Ueber-prüfung ihrer Rüstungen veranlassen würde, droht Südamerika der Zustand des bewaffneten Frie-dens. Es würde die jungen Nationen zwingen, ihre Hilfsquellen, die sie zur inneren Erschließung drin-gend benötigen, in unnützen Rüstungen zu verge-nen, die um so drückender wären, als diese Staa-ten keine eigenen Rüstungsindustrien besitzen, viel-mehr auf den Import angewiesen sind. Die Rüs-tungen erscheinen umso unbegründeter, als zwi-schen den Staaten weder Grenzstreitigkeiten noch andere Differenzen bestehen. Es war daher ver-dienstlich, daß Chile auf der Konferenz die Ein-schränkung der Rüstungen zur Diskus-sion stellte. Aber alles was Chile erreichen konnte, war die Verabredung einer Zusammenkunft der Präsidenten Argentinien, Brasiliens, Chiles und Uruguays im September d. J., um die friedlichen Absichten und freundschaftlichen Beziehungen ihrer Länder, die durch heftige Brechpolemiken etwas getrübt scheinen, erneut zu bekräftigen.

Werde, indem sie die in ihrer Note übernommenen Verpflichtungen in Zukunft in größerem Maße erfüllt als in der Vergangenheit.

Telegramme.

Aus dem Ruhrgebiet.

Berlin, 12. Juni. (Wolff.) Den Regierun-gen in Paris, London und Brüssel ist eine weitere Protestnote über die Auswei-sung von 1663 Beamten mit ihren Fami-lien aus dem besetzten rheinischen Gebiet über-geben worden.

Berlin, 12. Juni. (Wolff.) Die deutsche Regierung hat an den Regierungskommissär des Saargebietes eine Note gerichtet, in der sie gegen die Einführung des franzö-sischen Franken als alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittels im Saargebiet protestiert.

Höllein als Geisel zurückbehalten.

Paris, 12. Juni. (Saxos.) Wittermeldungen zufolge wird die französische Regierung infolge der Vorkommnisse in Dortmund ein-stweilen den deutschen Abg. Höllein, welcher heute freigelassen werden sollte, in Haft behalten.

Beratungen Cunos mit der belgischen Regierung.

Darmstadt, 12. Juni. Reichsanstalt Dr. Cuno begab sich heute vormittag von Karlsruhe im Auto nach Jagenheim an der Bergstraße, unweit Darmstadt, wo er auf Wunsch der bel-gischen Regierung eine Besprechung mit ihr hatte. Radnüttig fuhr der Reichsanstalt im Auto nach Frankfurt a. M., von wo er am Abend die Rückreise nach Berlin antrat.

Persönliche Moskauer Antwort an England.

Moskau, 12. Juni. (M.) Aus der Antwort auf das englische Memorandum ist hervorzugehen, daß sich in der Frage der Propaganda die Sowjetregierung bereit erklärt, neue bedeutsame Schritte zu unternehmen, in denen sie der engli-schen Regierung entgegenkommen würde. Dagegen der englische Vorschlag, zu erklären, daß keine Propaganda gemacht werden wird, eine radi-cale Aenderung des betreffenden Wortlautes des anglo-russischen Handelsvertrages bedeutet und die Tragweite der Verpflichtungen und Territo-rien erweitert, auf die sie Bezug haben, ist die Sowjetregierung bereit, den neuen Wortlaut als Grundloge gegenseitiger Verpflichtungen in dieser Frage anzunehmen. Die Sow-jetregierung sieht es für notwendig an, daß der Charakter der Reziprozität genau umrissen sein muß, damit schon aus dem Wortlaute des Ver-trages genau hervorgehe, daß England in Din-kurs auch in seinen Kolonien allen monarchisti-schen Bewegungen und allen Unternehmungen entgegnet, die gegen die Sowjetrepubliken gerichtet sind. Trotz des verständlichen Geistes, der von der Sowjetregierung zum Ausdruck gebracht und von der englischen Regierung auch anerkannt werde, gebe diese nicht bloß in keinem Punkte nach, sondern erhöhe im Gegenteil ihre For-derungen noch und stelle neue Bedingungen. Dadurch werde die öffentliche russische Meinung zu dem Schluß veranlaßt, daß der Geist der Ver-ständlichkeit zu keinem positiven Ergebnisse füh-re, sondern zu Anwachsen der Forderungen zufolge habe. Ganz neu sei die Forderung, das russische-Englischer Unterthanen als Bedingung für die Einhaltung des Handelsvertrages anerkannt werde. Die Sowjetregierung meint, daß wirtschaftliche Beziehungen angeknüpft werden können, unabhängig von der Abrechnung mit der blutigen Vergangenheit. Insofern die britische Regierung diese Frage von der Frage der Einhaltung des Han-delsvertrages trennen wolle, sei die Sowjet-regierung bereit, den englischen Unterthanen Entschädigungen zu bieten, allerdings un-ter der Bedingung vollkommener Gegen-seitigkeit. (Ende gestört.)

Vor der Beilegung des Konfliktes.

London, 12. Juni. (M.) Allgemein glaubt man, daß die Gefahr der Aufhebung des eng-lich-russischen Handelsvertrages auf Grund der letzten russischen Note als beseitigt angesehen wer-den kann. Man erwartet, daß der Notenumwechsel durch eine kurze Note Curons seinen Abschluß finden wird, worin die russischen Verpflichtungen betreffs Erfüllung der im briti-schen Memorandum enthaltenen Forderungen zur Kenntnis genommen werden. In maßgebenden Kreisen wird angenommen, daß die endgültige Regelung jetzt an der Moskauer Regierung liegen

Jubengeld für die Sakelkreuzler.

Wien, 12. Juni. (Eigenbericht.) Heute hielt der Hauptverband der österreichischen In-dustriellen seine Hauptversammlung ab. Die jüdischen Industri-ellen führen Beschwerde darüber, daß der Hauptverband von den Geldern, die er von allen Mitgliedern ohne Unterschied der Kon-fession einhebt, illegale Organisationen, wie die Frontkämpfer, Heimweh- ren und Sakelkreuzler unterstützt. Der Präsident gab zu daß der Verband die Front-kämpfer und Heimwehren unterstütze, dagegen be-stritt er die Unterstützung der Sakelkreuzler. Die Opposition wollte eine Debatte darüber, die aber mit 115 gegen 100 Stimmen abgelehnt wurde.

Die Forderungen der österreichischen Beamten.

Wien, 12. Juni. (Eigenbericht.) Heute nach-mittags beschäftigte sich ein Kabinettsrat mit den Forderungen der Beamten. Das Aktionskomitee der Bundesangestellten warierte aber vergebens darauf, daß es für heute zu Verhandlungen ein-geladen wird. Es beschloß daraufhin, morgen vormittags neuerlich im Finanzministerium vor-zusprechen, um dort Verhandlungen einzuleiten. Im Laufe des morgigen Vormittags dürfte auch das Verhandlungskomitee mit dem Präsidium des Nationalrates in Verbindung treten, das voraus-sichtlich die Vermittlung zwischen den Beamten und der Regierung übernehmen wird. Die Be-amten sind sehr erbittert über die Haltung der Regierung und fest entschlossen, weitere Ver-schleppungen der Verhandlungen durch die Regie-rung nicht hinzunehmen.

Ungarn und Südflawien.

Budapest, 12. Juni. Die Aufmerksamkeit in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde durch die Ausführungen des Ministers des Äußeren Daruvarn über die vom süd-flawischen Minister des Äußeren Rincic gegen ihn gerichteten Angriffe in Anspruch genommen. Daruvarn verkündete nachdrücklich den Entschluß der ungarischen Regierung, sich durch keine re-lie Provoaktionen hinreißen zu lassen, vom Wege der Friedenspolitik abzuweichen. Aufsehen erregte die Mitteilung des Ministers, daß er der südflawischen Regierung wiederholt das strikte Angebot gemacht habe, alle wirt-schaftlichen und übrigen Fragen im Verhand-lungswege aus der Welt zu schaffen und die bei-derseitigen politischen Säcklinge bedingungslos auszutauschen.

Man glaubt hier, daß die Ausführungen des Ministers ihre Wirkung auf die Nachbarstaaten nicht verfehlen werden. Die ungarische Regie-rung hält nach wie vor das Angebot aufrecht, mit sämtlichen Nachfolgestaaten über alle schwebenden Fragen zu diskutieren und die bestehenden Gegensätze aus der Welt zu schaffen. In dieser Beziehung ist gegenüber der Tschekoslowakei bereits ein gewisser Fortschritt erzielt worden, und man hegt die feste Hoffnung, daß es gelingen wird, die wirt-schaftlichen und politischen Verhältnisse mit der Tschekoslowakei vollständig zu regeln. Große Schwierigkeiten bestehen in dieser Be-ziehung gegenüber Rumänien und Süd-flawien.

Stimmungen im ungarischen Parlament

Wien, 12. Juni. (Eigenbericht.) In der un-garischen Nationalversammlung kam es heute zu stürmischen Szenen, als der Abgeordnete Graf Sanyos den Außenmini-ster wegen der Rede interpellierte, die der serbische Außenminister Rincic vor einigen Tagen in der Stupschina hielt. Rincic hatte dort die un-garischen Verhältnisse scharf kritisiert und über die Internierung von Jugoslawen im Lager von Zala-Egerseg gesprochen. Sanyos leistete sich heftige Ausfälle gegen die Süd-flawen und wurde von dem Sozialdemokraten Peidil unterbrochen, der ihm rief, sich lieber mit ungarischen Zuständen zu befassen und darauf verwies, daß die Rede des serbischen Ministers eine Folge des ungarischen Systems sei. Darauf riefen die Regierungsparteiler den Sozialdemo-kraten zu: „Vaterlandsverräter, hinaus mit Euch!“ Die Sozialdemokraten er-widerten scharf und erst nach längerer Zeit legte sich der Tumult.

Offizieller Versuch auf den Oberkommissär von Palästina.

London, 12. Juni. „Daily Mail“ meldet aus Jerusalem: Eine Abteilung der briti-schen Gendarmen, die den Oberkommissär Sir Herbert Samuel auf einer Reise in Nordpala-stina begleitet hat und sich auf der Seureise be-fand, fiel bei Ain el Welabod in der Nähe der syrischen Grenze in den Hinterhalt. Drei Gen-darmen wurden getötet, zwei verwundet. Die Angreifer sind wahrscheinlich beduinische Räuber aus Syrien oder Transjordanien. In amtlichen Kreisen herrscht große Beforgnis um die Sicherheit des Oberkommissärs, der jetzt mit einer Eskorte von Eingeborenen und palästini-schen Gendarmen im Freien kampiert.

Tages-Neuigkeiten.

Bom grauen Elend.

Wie ein Frühlingstag ist es draußen — In den rotbunten Rissen ihres ärmlichen Lagers liegt Frau Lisa mit halbgeschlossenen Lidern und gefalteten Händen. Wie in jähem Erwachen öffnen sich die müden Augen, als ein schimmernder Sonnenstreifen sich durch das kleine Fensterchen bereinschneidet — Frau Lisa mag nicht mehr denken, so müde ist sie — Und doch, wie sie den schimmernden Gefallen sieht, da muß sie an die Wälder und Wiesen ihrer Jugend denken. Ob die wohl jetzt im Sonnenglanze liegen? — Ob wohl das kleine Bächlein in der Sonne glitzert und ob es noch immer so silberne Tropfen verprübelt? An ihren Jungen muß sie denken, den Heiner. Wo der wohl wieder ist? Gewiß geht er in die großen Kontorhäuser und sammelt Altpapier, um nachher ein paar Brötchen für das so erdverlorene Geld heimzubringen — Er ist noch so klein, kaum fünf Jahre, und doch weiß er schon, wie das graue Elend aussieht, das die Menschen frachtet und sie müde und stumpf macht. Aus allen Ecken der armen Wohnung strahlt es ja mit blinden Augen und gierigen Krallen. — Kein Stuhl ist mehr da, außer dem alten Großvaterstuhl, den selbst der Trödler nicht haben wollte. — Alles ging denselben Weg.

Als Lisas Mann eines Tages arbeitslos nach Hause kam, brachte er das Elend mit zur Tür herein. Es war er schon tagelang nicht heim gekommen. Irrend wandte sich immer noch gute Freunde, frühere Arbeitskollegen, die ihn mit ins Wirtshaus nahmen.

Wie der Sonnenstrahl kürzer und kürzer wird, da schwingt sich Frau Lisas Seele mit hinaus — Ein auf in Glanz und Pracht eines flam-menden Abendgoldes.

In den rotbunten Rissen liegt der magere Körper einer Gestorbenen mit halbgeschlossenen Augen und gefalteten Händen.

Schritte klappern die enge Treppe herauf. Das ist Heiner! Leise öffnet er die Tür, und so behutsam, wie es ihm die schweren Holzstiefel er-lauben, tritt er zum Bett. „Da, Mama!“ sagt er und legt eine Tüte mit Brötchen auf die Decke. Aber nichts rührt sich — die blauen Hände und das Gesicht der Toten leuchten in der Dämmerung unheimlich. In seiner Angst greift er mit beiden Händen in die Decke hinein und schüttelt sie: „Du sollst aufwachen! Mama, hörst Du nicht? Du sollst aufwachen!“

Polternd und fluchend kommt spät Frau Lisas Mann die Treppe herauf. Am Lager seiner toten Frau findet er seinen Jungen, in den Händen eine ungeöffnete Tüte mit Brötchen — Durch das kleine Fenster strahlt mit toten Augen die Nacht.

Ells Marini.

Das Neueste von der politischen Bezirksver-waltung in Reutitschein. Wiederholt wurde bereits über die Tschechisierungspolitik der Reutitscheiner Bezirksverwaltung geschrieben. Trotz-dem nun in Reutitscheiner Bezirke eine unge-heure Arbeitslosigkeit herrscht, unternimmt die Behörde nichts, um diese Not zu lindern. Dagegen haben die Herren bei der Behörde nur das eine Bestreben, der Republik den Anstrich eines tsche-chischen Nationalstaates zu geben. Jeden Tag regnet es Zuschriften an Gemeinden, Vereine, Private, Kirchen usw., etwas zu überstreichen. Wie weit diese „Anstreicher der Republik gehen, zeigt folgende Zuschrift, die alle Geschäftsleute in Reutitschein zugestellt erhielten:

Politische Bezirksverwaltung in Reutitschein
St. 15.511. den 29. Mai 1923.

Herrn R. R. . . in Reutitschein.

Es wurde die Wahrnehmung gemacht, daß die Bezeichnung Ihres gewerblichen Betriebes bisher nur in der deutschen Sprache angebracht ist.

Mit Rücksicht darauf, daß die Stadt Reutitschein ein Drittel tschechischer Bevölkerung zählt und im polit. Bezirke Reutitschein nach der letzten Volkszählung 36 Prozent der Bevölkerung tschechischer Nationalität, sowie Ihre Kunden aus der Stadt und Umgebung, wie festgestellt wurde, größtenteils tschechischer Nationalität sind, werden Sie hiemit eingeladen, sich binnen fünf Tagen zu äußern, aus welchem Grunde Sie es bisher nicht für ge-eignet gefunden haben, im fünften Jahre des Bestandes der tschechoslowakischen Republik Ihre Firma in der Staatsprache zu bezeichnen, sowie, ob Sie dies in nächster Zeit durchzuführen gewillt sind.

Der Statthalterrat: Svaca.

Dieser Ulaß der politischen Bezirksverwaltung in Reutitschein bedeutet eine so unerhörte Ein-mischung in private Angelegenheiten, daß es hoch an der Zeit wäre, wenn die berufenen Stellen die „erfolgreiche“ Tätigkeit dieser Bezirksverwal-tung einmal näher begutachten würden.

Abgeordneter Johannes Reponut. Nun erst erfahren wir vom ungeheuren Einfluß der tsche-choslowakischen Nation in der Welt. Aber nicht nur auf der ganzen Erde, sondern auch im Him-mel hat dieser Staat seine offizielle Vertretung. Es verriet dies — wie wir im „Pravo Lidu“ lesen, — ein Prager Pfarrer in seiner Sonntags-predigt. Er sagte nämlich: „Der Chor der Heiligen im Himmel ist das himmlische Abgeordneten-haus und der heilige Johannes Reponut ist der Abgeordnete unseres Landes. Wollt Ihr etwas von Gott, so genügt eine Intervention beim heiligen Abgeordneten Johannes Reponut und er wird Euch alles durchsetzen.“ Gott sei Dank. Nun werden die Abgeordneten in der Prager Kammer etwas weniger zu tun haben. Gott ist gewiß eine höhere Instanz, als die ganze Regie-

rung mit den Merkmalen zusammen und es steht wohl zu erwarten, daß sich von nun ab die Klerikalen anstatt an Stramel an den heiligen Johan-nes von Reponut wenden werden.

Aus dem Lande der Freiheit. Gemein ist diesmal nicht Amerika, sondern das Land unseres r u m ä n i s c h e n Bundesgenossen. Der im Nachstehenden wiedergegebene Vorfall spielt sich in der „erlösten“ rumänischen Provinz, in Bessarabien, ab. Dort erhielt nach einer Meldung unseres Czernowitzer Brudervertrages die Direktion des Gymnasiums in Rezina fol-genden militärischen — wohlgerichtet ein Gymna-sium einen militärischen — Befehl:

Befehl Nr. 134.

Sammelposten Rezina.

An den Herrn Direktor des Gymnasiums hier.

Anliegend wird Ihnen eine Kopie des Be-fehles Nr. 16314 des Infanterieregimentes 38, sowie des Befehles des Militärkommandos von Bessarabien Nr. 8349 übermittelt, durch den ange-ordnet wird, daß dem Professor Jorachescu Ni-colae für immer verboten werde, in Versammlungen zu sprechen.

Ich bitte, dies dem genannten Professor zwecks Darnachachtung mitzuteilen.

Der Chef des Sammelpostens Rezina, Ober-leutnant Comanescu m. p.

Professor Jorachescu Nicolae hat sich bei der nächsten Gelegenheit gut aus der Affäre ge-zogen. Am 10. Mai meldete er sich bei einer Schulfeier, an der natürlich auch alle Offiziere teilnahmen, mit einem patriotischen Hymnus. In Wahrheit aber lang er eine Rede, in der er die bessarabischen Terroristen gründlich verspottete, vor-sicht- oder überzeugungshalber aber mit einem Hoch auf die Dynastie schloß.

Protektionswirtschaft und ihre Früchte. Als nach dem Unstürze Dlmüh eine tschechische Verwaltungskommission und später eine tsche-chische Rathauskommission besam, begann in den städtischen Ämtern ein großes „Reinmachen“. Das heißt, man setzte, wo nur möglich, die deut-schen Angestellten aufs Pflaster und besetzte ihre Stellen mit neuen — allerdings mehr vom tsche-chischnationalen Standpunkt — erprobten Kräf-ten. Bei der Neuvergebung des Postens eines Stadtpardirektors scheint man nun nach dem Unstürze einen besonders argen Mißgriff getan zu haben. Zu den vielen Skandalaffären, die in Dlmüh seit einiger Zeit wechselseitig von den sich bekämpfenden tschechischen Blättern — dem nation-aldemokratischen „Bozor“ und dem Blatte der Gewerbetreibenden, dem „Cestloslovensky Denik“ — „enthüllt“ werden, ist nämlich vor kurzem die Affäre des Stadtpardirektors Cerny gekom-men. Man munkelte bereits über Unredlichkeiten bei der Verwaltung des Stadtparkes so offen herum, daß sich endlich die tschechische Rathaus-mehrheit genötigt sah, eine Kommission zur Un-terforschung der Wirtschaft im Stadtpark einzu-setzen, die nun überraschende Sachen zutage för-derete. Direktor Cerny verstand es ausgezeichnet, für seinen eigenen Vorteil zu arbeiten. Auf Kosten der Gemeinde hielt er sich durch drei Jahre hindurch ein Dienstmädchen, das er in den Lohnlisten als Parlarbeiterin führen ließ; auf diese Weise wurde die Gemeinde um 18.000 K geschädigt. In gleicher Weise ließ er sich von der Gemeinde einen Kutcher bezahlen, wobei er die durch diesen Kutcher für die Gemeinde geleisteten Dienste noch separat verrechnete. Weiter ließ Cerny im Park Bäume im Werte von 15.000 K fällen und verwendete sie für sich. Das Inventar weist bei Brettern und Latzen einen Abgang von 6000, bei den Gewächsen einen Abgang von 34.000 K an. Cerny war auch ein guter Ge-müsebauer. Eine Anzahl städtischer Parlarbe-iter war immer in seinen Gemüsegärten und an-lagen beschäftigt: Verlust für die Gemeinde in vier Jahren insgesamt an 60.000 K. Aus der Gemeindefassa wurden auch jene Arbeiter gezahlt, die für Cerny Gras mähten, Heu heimführten, Obst ernten, Felder bestellten usw. Was Wun-der, daß der Vorschlag für die Park-verwaltung in den letzten Jahren um mehr als 100.000 K überschritten wurde. Das Beste kommt jedoch zum Schluß: Cerny, der mit Hilfe einiger guter Freunde im tschechisch gewordenen Rathaus „a“ Un-stürze der so „erträglichreich“ „a“ eines Stadtpardirektors erhielt, läuft nun, „amer frei in Dlmüh herum! Man kann neugierig sein, ob es seinen Freunden am Ende gar noch gelingt, die ganze Affäre im Saude verlaufen zu lassen.

Der Skandalöse Wohnungswucher. Zu der in unserer Sonntagsnummer unter diesem Titel ver-öffentlichten Notiz reist uns Herr Josef Svoboda zu. Er sagt, daß in dem betreffenden „a“ blatt-Jusur nicht von zwei Wohnungen, t i n s g e s e t z t sechs Zimmern, „a“ von „i“ Wohnungen zu sechs Zimmern“ die Rede „a“, worunter also zwei Sechszimmerwohnungen zu verstehen waren. Ein Mietzins von 28.000 Kro-nen jährlich sei aber, so meint Herr Svoboda, für eine „komfortabel eingerichtete“ Sechszimmer-wohnung keine Seltenheit, im Gegenteil wird dieser Betrag in den meisten Fällen bei Ren-bauten überschritten. Nun haben wir ja on den Mietern von Sechszimmerwohnungen ein sehr geringes Interesse. Aber indem es den Bau-herren gelingt, für Sechszimmerwohnungen mo-natlich etwa 3000 Kronen zu erhalten, ersparen sie es sich natürlich, z w e i z i m m e r w o h n u n g e n zu vermieten, für die ein monatlicher Zins von 1000 Kronen ein noch schamloserer, offenkundiger Wucher wäre. Und da also der vorliegende Fall beweist, zu welchen Spekulationszwecken heute die Wohnungen geworden sind, bleiben alle

Folgerungen, die wir daraus gezogen haben, auf-recht.

Verhärtete Kontrolle an der sächsischen und bayerischen Grenze. In den letzten Tagen kam es an verschiedenen Stellen der deutsch-böhmi-schen Grenze wieder zu Zusammenstößen: Mehr-ere Ausflügler aus Eger, die ordnungsmäßige Grenzübertrittscheine besaßen, begaben sich in das an der sächsisch-böhmischen Grenze liegende Gast-haus „Bärensteil“ bei Voitzersreuth. Sie wurden, kaum daß sie sich niedergelassen hatten, von 25 Grenzwächtern, die sich im Gebüsch ver-steckt gehalten hatten, umzingelt und es wurde ihnen ihr gesamter Geldbestand abgenommen. Derjenigen, die ihr Heil in der Flucht suchen woll-ten wurden Schüsse nachgesendet. — Zwei junge Burschen aus Eger wurden in dem sächsi-schen Grenzorte Schönbach von der Landespoli-zei festgenommen und, da sie die geforderte Strafe von je 10 K nicht zu zahlen vermochten, ins Amtsgericht nach Adorf eingeliefert. Der Vater des einen Burschen begab sich hierauf nach Adorf, wo ihm erklärt wurde, daß für jeden der Verhafteten eine Geldstrafe in der Höhe von einer Million Mark zu erlegen sei. Der Vater kehrte nach Eger zurück und war, da er in ähnlichen Verhältnissen lebt, gezwungen, ein Dar-lehen aufzunehmen, womit er sodann seinen Sohn aus dem Gefängnis erlöste.

Eine Million Mark als Strafe für Schmug-gel. Vor einigen Tagen wurde auf dem Bahnhofe in Teichen die aus Berlin mit dem Schnellzuge angekommene Frau eines Wiener Konfektionärs festgenommen, die in zwei Körben Schmuggel-ware im Werte von ungefähr 35 Millionen Mark mit sich führte. Unter dieser Ware befanden sich 27 Damentücher, 23 Damenkleider, fünf Mäntel, zehn Meter schwarzer Seide und anderes mehr. Die Frau, die in der neuen Kleider alte Damen-kleider eingenäht hatte, um die Zollorgane zu täuschen, versuchte zuerst zu beweisen, daß das Gepäck zum Teil ihr, zum Teil ihrer in Deutsch-land krank zurückgebliebenen Schwester gehöre. Man fand jedoch Aufzeichnungen und Papiere, aus denen hervorging, daß die Ware für Prag bestimmt war, so daß die Schmugglerin endlich die Wahrheit eingestand. Sie scheint schon früher und öfter solche Geschäftskreisen unternommen zu haben, da ihr Paß eine ganze Reihe von Grenz-übertrittsstempeln aufwies. In Teichen, wo sie das Schicksal erlebte, versuchte sie allerdings zum erstenmale ihr Glück. Die Schmugglerin wurde dem Gericht übergeben, ihr „Gepäck“ für verfallen erklärt. Die sächsische Gestapo dürfte sich für die Schmugglerin auf mehr als eine Mil-liarde Mark stellen.

Die Auswanderung aus der Tschechoslowakei nach Amerika. Das Innenministerium hat über Antrag des Fürsorgeministeriums das Verbot, Auswanderern Reisepässe in die Vere-inigten Staaten von Nordamerika auszu-stellen, bis zum 31. Dezember 1923 ver-längert, da die für die Tschechoslowakei festgesetzte Quote bereits erschöpft ist. Die-ses Verbot bezieht sich nicht auf Personen, welche sich nicht in die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu dem Zwecke begeben, um dort einen Lebensunterhalt zu suchen, oder mit der Absicht, nicht mehr zurückzukehren, weil sie nicht Auswanderer im Sinne des Gesetzes sind; das Gesetz bezieht sich weiter nicht auf Auswander-er, welche nicht auf die für die Tschechoslowaki-sche Republik festgesetzte Auswandererquote gerech-net werden. Unter diese Personen gehören: 1. Re-gierungsbeamte, ihre Familien, Bealeiter, Dienst-boten und Angehörige, 2. Personen, welche die Vere-inigten Staaten auf der Reise nach anderen Staa-ten ohne Unterbrechung durchreisen, 3. Personen, welche in die Vereinigten Staaten als Touristen, zu Geschäftszwecken oder zur Unterhaltung fahren, 4. Personen, die jünger als 18 Jahre sind und deren Eltern Bürger der Vereinigten Staaten sind, 5. Personen, welche ihren außerordentlichen Wohnsitz in den Vereinigten Staaten haben und hieher nur zu einem nicht über sechs Monate wäh-renden Besuch kamen und 6. Schauspieler, Künst-ler, Requisiteure, Sänger, Pflanzinnen von Ber-ni, Priester aller Konfessionen, Professoren von Hochschulen und Seminaren, schließlich Personen, die in Haushalten beschäftigt sind, und zwar nur solche Dienstmoten, die als Hausangestellte tatsäch-lich beschäftigt sind und ihren Dienstaebnern in die Vereinigten Staaten folgen oder sie begleiten. Nähere Information bei jedem Botsamt.

Angemessene Obstpreise bei Versteigerungen. Das Ministerium für Volksernährung ver-lautbart: Das Ministerium für Volksernährung hat den politischen Behörden erster und zweiter In-stanz aufgetragen, mit Rücksicht darauf, daß wir hart vor den Obstversteigerungen stehen, folgende Preise als den heutigen Verhältnissen angemessen zu veröffentlichen und alle Interessenten darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich der Gefahr der Verstrafung ansetzen sowie beträchtlichen Ver-lusten, wenn sie diese Preise überschreiten: Äpfel bis 1. Juli 80 Heller pro Kilogramm, Kirsch-nach dem 1. Juli 50 Heller pro Kg., Zwetschfen bis 15. August 15 Heller pro Kg., nach dem 15. August 10 Heller pro Kg., Birnen erster Qua-lität 20, zweiter Qualität 15 Heller pro Kg., Äpfel erster 25, zweiter Qualität 20 Heller pro Kg., rohe Nüsse (auf den Bäumen) 60 Heller pro Kg. Diese Preise gelten bloß für Obst des laufenden Bedarfs und keineswegs für ausgesuchtes Tisch-obst, wie Pfirsiche, Marillen, Amerelen, Weich-seln, besondere Arten von Reineclaudes usw. Das Ministerium für Volksernährung wird, wenn es nicht durch unüberwindliches Vorgehen seitens der Produzenten und Händler dazu genötigt werden wird, weber selbst noch durch Vermittlung der untergeordneten Behörden in die Festsetzung der

Verkaufspreise im Sinne der Regierungsverord-nung vom 3. 9. 1920, S. d. G. u. V., Zahl 516, eingreifen, damit dadurch der Handel, der schließ-lich in seine Vorkriegsgeleise zurückkehren muß, in seiner Beweglichkeit nicht gehindert werde. Dazu ist es notwendig, daß schon vor den Obst-versteigerungen die Preise des Obstes die obige Höhe nicht überschreiten.

Deutsche Kulturverbandschule in Prag-Lieben. Die Einschreibungen neuzutretender Kinder für das kommende Schuljahr finden wegen dringender benö-tigter Feststellung des Schülerstandes noch heute Mit-woch, den 13. Juni nachmittags in der deutschen Schule, Prag VIII, Primatorenstraße 212, statt. Gleichzeitig werden Anmeldungen für den Kinder-garten, dessen Wiedereröffnung bei entsprechender Kinderanzahl geplant ist, entgegengenommen.

Zustreifeidienst von den Prager Bohnhöfen. Die Verkehrskaule der vereinigten Prager Spediteure teilt mit, daß sie mit dem Transportdienst auf dem Wilson-, Masaryk- und Denissbahnhof in Prag be-traut wurde und daher vom Wilson- und Masaryk-bahnhof sämtliche eingetroffene Stückware, Last- und Gültgut, vom Denissbahnhofs nur Stückware-Lastgut in die Wohnungen der im Rayon Groß-Prag wohn-enden Empfänger zustreifen wird. Ausgenommen von der Zustreifung sind u. a. Sendungen, vor deren Eintreffen der Adressat schriftlich mitgeteilt hat, daß er sie selbst abholen lassen werde, weiter Lebensmit-tel, wie Milch, Fleisch, Waggonsendungen, postliche Sendungen, Leichen, Explosivstoffe, lebende Tiere, Juwelen und Wertpapiere, Dokumente, schließ-lich beschädigte Sendungen. Für jede begonnene 100 Kilo Kartoffel, Obst und Gemüse berechnet die Ranzlei 5 K, für andere Ware 6 K ohne Rücksicht auf die Anzahl der mittels desselben Frachttrofes abge-fandten Stude, wenn sich die Empfangslokalitäten im Parterre befinden. In die höheren Stockwerke wer-den für je 100 Kilo weitere 30 Heller berechnet.

Selbstmorde. Gestern vormittags erschloß sich in der Kornstraße in Prag II der 24jährige Banbeamte Otto B. Nach einem hinterlassenen Schreiben hat er die Tat wegen finanzieller Verluste begangen. — In einem Stiegenhause in Prag-Karolinental erschloß sich gestern nachmittags der 23jährige Techniker und Banbeamte Wilhelm L. aus Karolinental. Das Wor-tiv der Tat soll unglückliche Liebe sein. — In der Petersgasse in Prag wurde gestern früh das 26jäh-rige Dienstmädchen Marie S. in ihrem Bette tot auf-gefunden. Sie hatte durch Gasvergiftung Selbst-mord begangen.

Der Mäuserich auf Freierstücken.

Eine Fabel von Beretkha ben Natronal.
(13. Jahrhundert, Südfrankreich.)

Ein Stüber unter den Mäusen dachte bei sich selbst:

Siehe, es ist nicht gut, alleine zu sein; doch finde ich unter allen Tieren keine Frau, die mir gefällt. Ich möchte eine schöne, gütige und vor-nehme Frau, die mir aber nichts verzeihet. Wo aber finde ich diese? Wohlja, ich will die Sonne heiraten. Was kann dieser an Glanz und Herr-schaft gleichen? Die Sonne bringt Licht und Erquickung auf ihren Flügeln, wenn alle Bewoh-ner der Erde in Finsternis eingehüllt schlum-mern.

Eben ging die Sonne auf. Unsere Maus ward entzückt und sprach:

„Ich habe dich je und je geliebt und will dich zu mir ziehen aus lauter Bewogenheit (Jer. 31.3.). Ich will dich zur Frau nehmen, Sonne!“

„Du bist nicht klug, Maus,“ verfehte die listige Sonne. „Willst du ein Licht wählen, das alle Augenblicke verlischt? Siehe, die Sonne schein-et und geht wieder unter. Wie oft werde ich nicht von den Wolken verdunkelt? Die Wolken, Maus, sind weit über mich. Erhebe deine Wün-sche zu ihnen, so wirst du glücklicher sein.“

Die Maus eilte zu einer Wolke hin.

„Ich habe mir Mühe gegeben und dich gefun-den, meine Liebe, meine Schöne, meine Braut! Komm, du sollst die Meine sein; ich werde dich nie verlassen.“

„Wenn du mich heiratest,“ antwortete die Wolke, „so mußt du flüchtig und unstät herum-wandern. Mich treibet der Wind, wohin es ihn gefällt. Laß von der Maus ab und wähle dir die Frau; denn ich bin dem Wind untertan.“

Die Maus suchte hierauf den Wind und fand ihn in einer Wüste.

„Komm mit mir aus dieser Einöde!“ rief sie, „komm! Ich habe dich unter allen Geschöp-fen mir zur Frau erwählt.“

„O, du betrügst dich sehr,“ antwortete der Wind, „wenn du mich vielleicht für mächtig hältst! Siehe, ich mag toben, wie ich will, so troh mir eine jede gemeine Mauer und steht aufrecht. Die Mauer würde dich weit glücklicher machen als ich.“

Sie machte endlich auch der Mauer ihren Liebesantrag und sagte, daß die Sonne, die Wolke und der Wind sie zu ihr schickten.

„Gehe!“ antwortete die Mauer zornig. „Wol-len sie meiner spotten, weil ich mich nicht so gut bewegen kann als sie? Sie sollten Mitleid mit mir empfinden haben. Die Mäuse durchgraben meinen Grund und machen sich allenthalben freie Durchwege. Jezo haben mehr als zweihundert Mäusegeschlechter in mir ihre Wohnungen auf-geschlagen und mich mit Zähnen und Krühen durch-bohrt. Eine solche Frau lässest du dir anraten?“

Der junge Freier sah sich in seiner stolzen Hoffnung betrogen. kehrte zu den Mäusen zurück, nahm sich eine aus seinem Geschlechte und fand eine Schilfsin, die um ihn war.

Aus dem Hebräischen von Moses Mendelssohn.

bank aus München, der mit einigen Großindustriellen Verhandlungen zwecks Gründung einer Bank für die Textilindustrie in Lodz anknüpfte. Die Bank würde gegen Westdevisen die Aktien der Textilunternehmen aus Privat Händen erwerben und einen Textilkredit in Polen schaffen. Zinnes verfolgt damit auch den Zweck, sich des Exportes der Textilwaren nach Russland zu bemächtigen.

Gewerkschaftskonzentration in England. Ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der Organisierung der englischen Arbeiterbewegung stellt der neueste Zusammenschluß auf dem Gebiete der ungelerten Arbeit dar; drei große Hilfsarbeiterverbände — die „National Union of General Workers“ die „Municipal Employers Association“ und die „National Amalgamated Union of Labour“ haben sich zu einer einzigen Gewerkschaft verschmolzen, deren Mitgliederbestand sich auf eine halbe Million beziffern wird. Die Verschmelzung wurde mit außerordentlich großer Stimmeneinheit beschlossen (230.000 gegen 14.000). — Auf größere Schwierigkeiten stießen dagegen die Konzentrationsbestrebungen in der Metallindustrie. Auf die Einigungskonferenz der Metallarbeiterverbände kamen nur 29 Verbände (von 35) ihre Vertreter geschickt; die Frage ist einer Kommission übertragen worden. Auch die gemeinsame Sitzung der Vertreter der 17 Textilarbeiterverbände hat noch zu keinem Abschluß geführt. Als vollständig gescheitert erscheint bis auf weiteres die Vereinigung zwischen dem Transportarbeiter- und dem Eisenbahnerverband infolge der Abgabe der letztgenannten Organisation. Ueberhaupt ist die englische Transportarbeiter-Gewerkschaft zurzeit ziemlich stark zerstückelt, da einerseits die Seeleute und Heizer die Transportarbeiter-Verföderation verlassen, andererseits fast zwei Drittel der Föderationsmitglieder sich dem neugegründeten Verband der Verkehrs- und ungelerten Arbeiter angeschlossen haben. Im Schoße der Föderation bleiben noch 13 Verbände mit 78.000 Arbeitern; sechs davon erfassen „reine Transportarbeiter“ und werden, wie jetzt beabsichtigt wird, in eine einzige Gewerkschaft vereinigt werden. Es befinden sich in England drei größere Zentren des Verkehrsproletariats: der Eisenbahnerverband, der Transportarbeiterverband und der Verband der Transport- und ungelerten Arbeiter.

Aus der norwegischen Gewerkschaftsbewegung. Eine Beiratsitzung des Norwegischen Bauerverbandes beschloß mit 19 gegen 1 Stimme und einer Stimmenthaltung den Austritt aus dem Gewerkschaftsbund, weil die Mehrheit der Verbandsmitglieder mit dem neuen Vertrage im Baugewerbe nicht einverstanden ist. Der Verband will bei der nächsten Tarifrevision auf eigene Faust vorgehen. Auch dem Verbandstage der Eisenbahner (6000 Mitglieder) lag ein Antrag auf Austritt aus dem Bunde vor. Dieser wurde jedoch mit 89 gegen 38 Stimmen abgelehnt. Seit zwei Monaten stehen die Buchdrucker im Kampfe. Verschiedene Vermittlungswersuche sind an der Hartnäckigkeit des norwegischen Arbeitgebervereines gescheitert, der in diesem Falle völlig im Banne der Inhaber der großen Druckereien in Christiania steht. Die Arbeiter in der Papierindustrie haben einen Sympathiestreik für die Höherarbeiter in Drammen angekündigt. Daraufhin beschloß eine am 2. Juni abgehaltene außerordentliche Beiratsitzung des Arbeitgebervereines, diese Absicht mit der Ankündigung einer Aussperrung zu beantworten, die sich auf die graphische Industrie, die Metallindustrie, das Schneidergewerbe, die Schuh- und Möbeldindustrie erstrecken soll. Sowohl die Gewerkschaften als auch die sozialdemokratische Reichstagsgruppe haben sich an die Regierung um Vermittlung gewandt.

Organisatorische Streitfragen in der japanischen Gewerkschaftsbewegung. Innerhalb der japanischen Gewerkschaftsbewegung bestehen große Gegensätze über wichtige Organisationsfragen, die an die Freiheiten der westeuropäischen Gewerkschaften erinnern. Die Vertreter des japanischen Gewerkschaftsbundes und die Gewerkschaft der Staatsarbeiter sind Anhänger einer größeren Zentralisation der Bewegung; weitgehende Vollmachten sollen einem Nationalen Bollzugsorgan gewährt werden. Dem entgegen gesetzten Standpunkt nehmen die lokalen Verbände von Ost- und Westjapan sowie die Arbeiter der mechanischen Industrie ein, die die Einhaltung der Autonomie der Gewerkschaften verlangen. An diesen Gegensätzen scheiterten die Versuche des Gewerkschaftsbundes, die gesamte Bewegung einheitlich zusammenzufassen. Es will scheinen, als ob die beiden Strömungen zur Schaffung von je einer Zentrale schreiten werden, was leider einer dauernden Schwächung der japanischen Bewegung gleichkame.

Die Baumwollvorräte der Welt. Einer Statistik des Landwirtschaftsrates in Washington zufolge beliefen sich die Baumwollvorräte der Welt am 1. Juni auf 1.432.114 Ballen gegenüber 3.680.000 am 1. Juni 1922.

Devisenkurse.

Züricher Schlusskurse am 12. Juni.

	Geld	Ware
Paris	25.80'00	35.90'00
London	25.68'50	25.58'50
Berlin	0.00'67'00	0.00'70'00
Mailand	25.80'00	25.90'00
Holland	218.00	218'50
Wien	0.00'78'12	0.00'78'12
Budapest	0.07'50	0'09'50
Braun	16.50'00	16.62'00
New York	5.59'25	5.57'00
Beograd	6.15'00	6.30'00
Warschau	0.00'58'00	0.00'58'00

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank	16.60'50
Berlin	Mark	2500.00
Wien	östr. Kr.	2120.00

Prager Kurse am 12. Juni.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	13.13'50	13.17'50
10.000 Mark	3.69'00	4.69'00
100 belg. Frank	188.00'00	189.50'00
100 schweiz. Frank	604.75'00	607.25'00
1 Pfund Sterling	154.12'50	155.62'50
100 Lire	156.50'00	158.00'00
1 Dollar	33.80'00	34.20'00
100 irana. Frank	218.25'00	219.75'00
100 Dinar	37.25'00	38.75'00
10.000 magyar. Kronen	40.00'00	44.00'00
10.000 poln. Mark	4.30'00	5.30'00
10.000 östr. Kronen	4.62'00	5.12'00

Literatur.

„An Nebels Grab“ heißt ein neuer Acapella-Chor für Männerstimmen, den das Dresdener Verlagshaus für Chormusik von Josef Günther eben herausgegeben hat. Dieser Männerchor, dessen fertige Worte von Edgar Steiger stammen und dem der Dresdener Lieddichter Prof. Paul Büttner Tonlag und Weise gab, ist nicht nur eine weisevolle und begeisterte Hymne an den großen deutschen Volksführer Nebel, geeignet, durch ihren Vortrag immer wieder die Liebe und Verehrung für ihn zu erwecken, sondern auch und ganz besonders eine ausgezeichnete Gelegenheitskomposition, den Arbeiter-Sängervereinen anlässlich des am 13. August 1923 sich während des zehnten Todestages Nebels als würdiges und erhebendes Totenklage-Lied zu dienen. Ein besonderer Vorzug des Steiger-Büttnerschen Chorliedes ist seine verhältnismäßig schlichte Satzweise, die seine erfolgreiche Weitergabe auch kleineren und auf niedrigerer gesangstechnischer Stufe stehenden Sängervereinen ermöglicht. Büttners treffliche Tonkunst (in Prag hatten wir erst im Vorjahre Gelegenheit, eine ausgezeichnete kammermusikalische Schöpfung dieses Autors kennen zu lernen), die sich vor allem in der wirksamen Führung der einzelnen Stimmen des streng vierstimmigen Satzes gegeneinander, nacheinander (imitatorisch) oder im mächtigen Unisono, in prächtigen rhythmischen und dynamischen Steigerungen und in ebenso interessanten wie kluggeschönten

Harmonien offenbart, sichert dem Chore auch das allgemeine Interesse aller Musiker und Musikfreunde und macht ihn zu einer wertvollen Gabe der modernen Männerchorliteratur überhaupt. —ek.

Turnen und Sport.

Sparta gegen Maffabi-Brünn. Heute hat die Prager Sparta die beste jüdische Mannschaft der Tschechoslowakei, Maffabi-Brünn, die soeben von einer erfolgreichen Spanienreise zurückgekehrt ist, zu Gast. Maffabi-Brünn — eine Brünner Mannschaft fast ohne Brünner Spieler — tritt komplett in folgender Aufstellung an: Fjgmondi, Tormann (sechsfacher ungarischer Internationaler), Feldmann, linker Hod (früher M.A.), Weiß, linker Hod (früher F.T.C.), Weiner, Zentrehalf (früher Bajas), Neumann, rechter Hod (ein Brünner Spieler), Rakso, linker Flügel (früher B. Bezirk), Nikolsburger, linke

Verbindung (früher F.T.C., achtmal international für Ungarn tätig gewesen), Ebiz, Zentrehürmer (früher F.T.C.), Schwarz, rechte Verbindung (mehrmals international aufgestellt), und Berger, rechter Flügel. — Bei dieser Gelegenheit des Auftretens einer führenden jüdischen Mannschaft in Prag lohnt es sich, auf folgendes hinzuweisen: Die Mannschaft der Osmüher „Hakoah“ wurde im heurigen Frühjahr mit vier magyarischen, in Osmüh eingerückten Spielern aufgefrischt, die wackichte — Nichtjuden sind. Die Herabwürdigung des Sports zu einer Geschäftssache für die einzelnen Klubs kann durch nichts schlagender bewiesen werden, als durch die Tatsache, daß die Vereinsleitung eines sich „Jüdischer S.K.“ nennenden Klubs sich nicht scheut, auch nichtjüdische Spieler aufzunehmen, nur um eine spielstarke Mannschaft zu besitzen und so möglichst viele Zuschauer zu locken. Der Zweck des bürgerlichen Sports ist eben überall das Geschäft, und hierzu ist dem Bürgertum eben jedes Mittel recht.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cerman.
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
 Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
 Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Mitteilungen aus dem Publikum.
Das Beste für Ihre Augen
 liefert **Optiker Deutsch, Prag.**
 Graben 25, Kl. Basar.
 1332

Den Kaufmann schützt vor Schaden wohl, nur der berühmte Fliegenfänger „Koh-Inoor“. Erste Prager Fliegenfängerfabrik Prag-Vrbovice Nr. 448/V. 1680 b

Warnung !! 1680
 Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährten Fliegenfänger **KOH-I-NOOR**
Erste Prager Fliegenfänger-Fabrik
 Prag-Vrbovic Nr. 448/V. Tel. 7899.

Tragen Sie Palma

Kautschuk ablatze **Kautschuk lohlen.**
 Besser und billiger als Leder **Elastischer Gumm Schutz gegen Nässe**

VITELLO VITELLO VITELLO VITELLO VITELLO VITELLO VITELLO

Vitellos
 MARGARINE
Delikatess
 CENTRA ABGABE VEREINEN

VITELLO
Sammel-Wettbewerb
 Ueber 200 Preise im Gesamtwerte von **Kč. 10000.—**

Allen Hausfrauen, die unsere ausgezeichnete Vitello-Delikatess-Margarine im Haushalte verwenden, empfehlen wir die Beteiligung an dem nachstehend beschriebenen Sammel-Wettbewerb.

Sammeln Sie 3 Umhüllungen der „Vitellos-Delikatess-Margarine“ und senden Sie diese in einem Briefumschlage an die untenstehende Anschrift. Vergessen Sie aber nicht, Ihre genaue Adresse der Sendung beizufügen.

Wir senden Ihnen dafür sofort eine Bestätigung mit Register-Nummer. Alle Ihre weiteren Zusendungen von Vitello-Packungen, die Sie gesammelt haben (ganz gleich wie viele), werden wir jeweils mit Postkarte bestätigen.

Schluß der Einsendungen ist der 20. Dezember 1923.
 Die 5 eifrigsten Sammler erhalten am Jahresschluß 5 Geldpreise à Kč 1000.—.
 Die dann folgenden 200 besten Sammler erhalten als Trostpreise: Küchenwagen, Küchenuhren, Spielsachen u. s. w.
 Wer in der Zeit vom 1. Mai bis 1. September 1923 Einhundert gebrauchte Vitello-Packungen sammelt, erhält außerdem eine Karte, die zu einem

Gratisflug über Marienbad
 (Ausgeführt von der Bäder-Flug-Verkehrs-Gesellschaft in Marienbad)
 berechtigt. Ihre Einsendungen wollen Sie richten an:
„CENTRA“, Akt. Ges., Tetschen a|E.
 Abteilung Reklame.

VITELLO VITELLO VITELLO VITELLO VITELLO VITELLO